

Die Verlierer der Krise

Interview zur Lage im Gastronomie- und Hotelgewerbe

Carolina S. (23 J.) gelernte Hotelfachfrau und organisiert in der Gewerkschaft Nahrungsgaststätten Genuss (NGG) hat in Folge des Coronavirus ihren Arbeitsplatz verloren.

Red. : Hallo Carolina, du hast kürzlich durch die Epidemie deinen Job verloren. Wie war dein Eindruck? Hat sich dein Chef die Entscheidung leicht gemacht?

C.S.:Nein, tatsächlich hat er gezögert. Es stand im Raum Kurzarbeitergeld zu beantragen, aber da ungewiss war, ob das Hotel je wieder öffnet, wurden dann doch alle Angestellten bis auf eine derzeit schwangere Kollegin entlassen.

Red: Wie viele Kolleginnen waren in dem Haus, in dem du tätig warst, betroffen?

Wir waren ein eher kleines Haus, daher waren mit dem Empfang und dem House Keeping nur neun Personen betroffen.

Red.:Wie waren deine Erfahrungen im Umgang mit der Arbeitsagentur? Wie lange war die Bearbeitungszeit?

C.S.:Da physische Termine momentan nicht stattfinden können musste das Beratungsgespräch via Telefon geführt werden. Im Anschluss verging dann ein Monat bis zur ersten Zahlung. Glücklicherweise hatte ich ein wenig Geld zusammen gespart anson-

ten wäre ich echt in Not geraten. Im großen Ganzen muss ich aber sagen, lief es recht unbürokratisch ab.

Red.:Was sagen Kolleginnen aus deiner Branche? Wie ist die allgemeine Lage?

Bei Häusern, deren Zukunft sicher ist, wurde in den meisten Fällen Kurzarbeitergeld beantragt. In Häusern, in denen es eine Organisation durch NGG gibt, konnte ein Kurzarbeitergeld von 90% statt 60% durchgesetzt werden. In vielen kleinen Häusern mit ungewisser Zukunft kam es aber auch zu etlichen Entlassungen.

Red:Viele Dank Carolina für das Gespräch und viel Glück für die Zukunft

Krankheit, Krise und Verschwörung

Das Virus schränkt das Leben in vielen kleinen und großen Dingen ein und belastet sowohl das soziale Leben als auch die wirtschaftliche Grundlage weite Teile der Bevölkerung.

So ist es also durchaus legitim, wenn sich nun in vielen Städten des Landes Bürger zusammen finden, um für ihre Grundrechte und gegen die Ignoranz unserer Regierung gegenüber den sozialen Folgen des Lockdown zu demonstrieren. Kritisch wird die Sache, wenn nun Verschwörungs-Schwirbler aller Art sich unter diese Menschen mit durchaus realen Sorgen mischen und ihre seit Jahren im Netz zirkulierenden Abenteuergeschichten mit der Corona-Epidemie in einen Topf werfen und die Krankheit kurzerhand für fiktiv erklären. Gefährlich wird es, wenn sich zu den Besorgten und Verwirrten dann auch noch organisierte und einschlägig bekannte

Faschisten gesellen, um unter dem Vorwand der Verteidigung der Bürgerrechte ihr menschenverachtendes Weltbild zu verbreiten.

Auch hier bei uns in Frankfurt finden seit Wochen jeden Samstag sogenannte Hygiene-Demos statt, auch bei uns sind die lokalen braunen Rattenfänger auf den Straßen, um den Besorgten und Verwirrten ihr Gift zu injizieren. So belästigt uns der rechtsradikale Youtuber Henrik Stöckel dieser Tage regelmäßig mit seiner Anwesenheit und verzerrt wie gewohnt die Situation in seinen Videos. Auch die in der Stadt einschlägig bekannte Heidi Mund versucht aus gegebenem Anlass wieder einmal öffentliche Aufmerksamkeit zu bekommen. Final hat sich nun auch die AfD ent-

Fortsetzung auf Seite 4

Termine

DKP
Deutsche Kommunistische Partei
Kreisverband Frankfurt am Main

Militär abrüsten
Gesundheitswesen aufrüsten

Krankenhaus oder Gesundheitsfabrik?

Gegen die Ökonomisierung im Gesundheitswesen

online Veranstaltung
Sonntag, 21.6.20, 17.00

<https://t1p.de/gesundheitsfabrik>

V.i.S.d.P.:
B. Lüdernsich 010
Herdenstr. 4
60318 Frankfurt

Brennpunkt Fleischindustrie: Die Systematik der Ansteckungen Offenbarungseid der Krise

Laut dem deutschen Wörterbuch „Duden“ steht das aus dem englischen Vokabular stammende Wort „Hotspot“ für eine Situation oder einen Ort, welche/r „ein hohes Konfliktpotenzial in sich birgt oder von großer Brisanz ist“ – in der aktuell durchlebten Covid-19 Pandemie entwickelten sich neben Alten- und Pflegeheimen, Logistikzentren oder Geflüchtetenunterkünften insbesondere die Produktions- und Wohnstätten der deutschen Fleischindustrie zu regelrechten gesundheitsgefährdenden Brutstätten, zu einem ebensolchen „Hot-Spot“ der Verbreitung. Nach 70 Fällen im Amazon-Versandlager Hamburg und 80 in einem Paketzentrum bei Heinsberg, bringen die 1.000 Fälle in Schlachthöfen die herrschende Politik, Lobbyverbände und Konzerne in akute Erklärungsnot. Vorab: die Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten der deutschen Lebensmittelmonopole in den Schlacht- und Zerlegebetrieben sind seit Jahren, mindestens seit der EU-Osterweiterung 2004, katastrophal und menschenunwürdig. Die aktuelle Krise offenbart, was Gewerkschaften, Beschäftigten und Kennern der Szenerie seit Jahr und Tag gewahr ist: das Kilo Schnitzel für 3,99 Euro und der Profit der Konzerne wird rücksichtslos auf dem Rücken der Tiere sowie auf der Gesundheit der arbeitenden Menschen erwirtschaftet – Zeit für Hygiene, Sorgfalt oder Tierschutz sind in Zeiten der Just-in-Time Produktion Mangelware.

Auf der Suche nach den schwarzen Schafen

Auch zeitigten die dutzenden, vergangenen Skandale, welche Gangart in der kapitalistisch-organisierten Lebensmittelindustrie vorherrscht: Pferdefleisch ohne Kennzeichnung in der Lasagne, Schimmel in den Lagerstätten bei Wilke-Wurstwaren oder achtlos-totgeschlagene Ferkel auf Gut Losten in Mecklenburg – quasi zyklisch brach jährlich ein neuer Skandal über die deutschen Fleischliebhaber herein. Alles Ausnahmen und Einzelfälle? Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) sieht „schwarze Schafe“

am Werk, welche „dem Ansehen der gesamten Branche“ schaden. Dies stellt maximal eine Halbwahrheit dar, sie müsste es besser wissen, denn wenn man hinter die ökonomische Organisation des Gewerbes schaut, erkennt man rasch: der Wahnsinn hat Methode und System. Ein Blick über den großen Teich lohnt und straft die Ministerin Lügen: in der US-amerikanischen Fleischindustrie haben sich Tausende infiziert. Die Zeit der kleinen Stadt- oder Land-Ladenmetzgereien ist vorüber, es regieren die Monopole und der Verkauf per angeschlossener Supermarktkette. Nach Informationen der Wochenzeitung „Der Freitag“ beherrschen sechs große Konzerne den deutschen Fleischmarkt: Tönnies, der niederländisch-deutsche Vion-Konzern, Westfleisch, die PHW-Gruppe (Wiesenhof), Heristo sowie Kaufland-Fleisch (Stand nach Angaben des Interessenverbandes der deutschen Fleischindustrie).

Systematik der Problematik

Diese wiederum beschäftigen rund 128.000 ArbeiterInnen in knapp 1500 Betrieben (Tagesschau.de), wovon circa 60.000 aus Osteuropa angeworben worden sein sollen. Für rund 80.000 Beschäftigte in der Branche gilt der gesetzliche Mindestlohn von 9,35 Euro die Stunde. Brandherd der Pandemie waren jedoch nicht wie kolportiert die Betriebe selbst, sondern die Unterbringung der Angestellten – angestellt über Subunternehmen der großen Konzerne, vegetieren diese zusammengepfercht in Sammelunterkünften und unter mangelnden Hygiene- oder Abstandsregelungen nach Feierabend vor sich hin. Hinzu tritt der körperliche Stress dem die Beschäftigten ausgesetzt sind: 16-Stunden Schichten, körperlich-anspruchsvolle Arbeit sowie ein signifikanter Temperaturunterschied (in der Schlacht- und Zerlegestraße ca. 12 Grad), welche den menschlichen Organismus schwächen. Wie NRW-Arbeitsminister Karl-Josef Laumann Anfang 2020, noch vor Ausbruch der Pandemie, laut dem Wissenschaftsportal Quarks

Fortsetzung auf Seite 3

Rabe meint ...



..in einem Interview wurde Michael Boddenberg, Finanzminister des Landes Hessen gefragt, ob die coronabedingten Mindereinnahmen im Landeshaushalt durch die Einführung einer Vermögenssteuer zum Teil ausgeglichen werden könnten. Boddenberg hielt in dem Interview dagegen, dass die Vermögenssteuer kein geeignetes Instrument sei, um den Haushalt aufzubessern. Er verwies darauf, dass die Vermögenssteuer gerade den Mittelstand belasten würde. Soweit Herr Boddenberg. Mitte Mai 2020 konnte man im Wirtschaftsteil der Presse lesen, dass BMW - trotz Corona - eine Dividende an die Aktionäre ausgeschüttet hat. Die BMW-Erben Stefan Quandt und seine Schwester Susanne Klatten waren auf einen Schlag um 769 Millionen reicher. Brisant an der Angelegenheit ist, dass BMW die Aktionäre trotz Kurzarbeit und drohender Verluste so großzügig bedient. 30.000 Beschäftigte befanden sich in Kurzarbeit, d.h. die Bundesagentur für Arbeit bezahlt 60% des ausgefallenen Nettolohns und erstattet dem Unternehmen in voller Höhe die fälligen Sozialbeiträge.

Herr Boddenberg, ich wußte nicht, dass BMW-Großaktionäre zum Mittelstand zählen. Wenn man Mittelstand so versteht, dass sie die Mittel haben, so haben sie recht. Lassen wir den Streit um Worte.

Gerade jetzt heißt die Forderung: Vermögenssteuer wieder einführen!

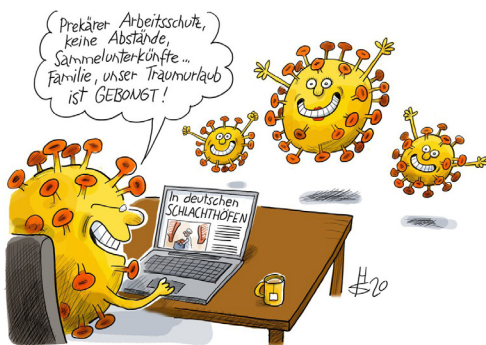
Euer Rabe

Fortsetzung von Seite 2

bekannt gab, wurden in fast allen (26 von 30, Quelle: TAZ) der 30 stichprobenartig-kontrollierten Betriebe in NRW „gravierende Verstöße gegen Arbeitsschutzvorschriften“ dokumentiert – Nichteinhaltung der Pausenzeiten, mangelnde Hygienevorschriften sowie fehlende Schutzausrüstung. Das Problem hat System.

Verteidigung des Status Quo

Wem nun noch nicht der Appetit gänzlich vergangen sei, darf gerne weiterhin dazurechnen, wie die Gegenwehr in den Betrieben sowie die Verteilung der Gewinne aussieht: eine gewerkschaftliche Front ist in den meisten Betrieben nicht vorhanden, Betriebsräte oder gar Streikbewegungen Illusion, Spaltung in deutsche Vorarbeiter und osteuropäische Zuarbeiter funktioniert – Profite hingegen sprudeln in Zeiten von Corona. Aufgrund der sprachlichen Barri-



ere zu den ArbeiterInnen in den Betrieben sei die gewerkschaftliche Organisation laut der Gewerkschaft NGG kompliziert, die Konzerne versuchen durch Union-Bashing jegliche Maßnahme zu unterbinden. Sie haben allen Grund dazu: es gilt kräftige Pfründe zu verteidigen. Allein das „Familienunternehmen“ des rassistischen Sportfunktionäres Clemens Tönnies aus dem ost-westfälischen Rheda-Wiedenbrück erwirtschaftete 2017, auf dem Rücken von Kolonnen osteuropäischer Arbeitsmigranten, einen Umsatz von 6,9 Mrd. Euro. Vion erzielte 2018 einen Umsatz von rund 3,1 Mrd. Euro, Westfleisch von 2,75 Mrd. Euro (2017) und die PHW-Gruppe von 2,48 Mrd. Euro (2017).

Heil ernst nehmen – Ausbeutung beenden

Der deutsche Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) sprach sich nach Informationen der Tagesschau für ein sofortiges Ende der Subunternehmer-Verträge und eine menschenwürdige Unterbringung wie Arbeitsverhältnisse aus, man darf gespannt sein, ob diesen Worten auch Taten folgen oder ob es der starken Fleischlobby gelingt, einen zahnlosen Papiertiger zu kreieren. Sicher ist, es bedarf grundlegender Änderungen in der Fleisch- und Wurstindustrie: die Löhne müssen auf Kosten der Profite der Konzerne massiv angehoben werden, die Unterbringung muss unverzüglich in menschenwürdigen Einzelwohnungen erfolgen und sämtliche Arbeits- wie Hygienevorschriften müssen umgesetzt und streng staatlich kontrolliert werden. Noch einmal Hubertus Heil (SPD): „Wir dürfen als Gesellschaft nicht weiter zusehen, wie Menschen aus Mittel- und Osteuropa in dieser Gesellschaft ausgebeutet werden.“ Recht hat er. Nehmen wir ihn beim Wort und unterstützen den Kampf der NGG. Der Wahnsinn hat System, er beruht auf dem knallharten Kampf um Profit und Marktmacht und muss als Lehre aus der Pandemie beendet werden. Die Verursacher und Verantwortlichen müssen sich vor

Gericht verantworten und die Lebensmittelindustrie gehört in die Hand des Volkes.

Schweine, Rinder und der Mensch werden es danken.

Impressum:

Herausgeber: DKP Frankfurt/M
V.i.S.d.P. B.Lautermilch
c/o Hansteinstr. 4, 60318 Ffm.
info@dkp-frankfurt.de
www.dkp-frankfurt.de
facebook: <https://www.facebook.com/DKP-Frankfurt-am-Main-248610719421509/>
Bankverbindung: Postbank Ffm.
IBAN: DE07 5001 0060 0194 0276 03

Gedankensplitter

Ach, Ihr Leut, was hab ich doch die Coronazeit bis jetzt genosse. Mer hat net mehr morjens um fünf im Bett gesesse, wenn de erste Fliecher hoch is. Un die Rollkoffer bei uns übers Koppstaa-Pflaster habe mich aach net mehr genervt.

Ich könnt mich glatt dran gewöhne ...Abber net draa gewöhne will ich mich, dass mal widder die Große gerettet wern, unn die Klaane widder in die Röhr gucke. Alles werd jetzt deurer - aber Hartz IV werd net erhöht. Dadebei brauche die Familie jetzt mehr Geld, weil die Kinner dehaam bekocht wern müsse und net in de Kita oder Schul esse. Un was is mit de Studente, die all ihr Jobs verlorn hadde?

Was hilft dann en Kredit, wann ich net waaß, wann ich widder schaffe kann? Unn wie ich mei Miet zahle soll.

Unn all die viele, die in Korzarbeit sinn - unn es hat vorher schon net gereicht. Wo is dann da de Rettungsscherm?

Unn all die Mütter, die dehaam geschafft hadde und noch die Kinner betreut hadde, dene gehert net nur en Orde sondern Extra-Geld.

Abber statt desse diskutiern se, weil die Einnahme wegbreche, ob se net Fahrpreise odder Eintrittspreise erhöhe müsse.

Se sollte sich lieber mal de Kopp zerbreche, wie mers macht, dass net die Arme zahle sondern endlich mal die wirklich Reiche, die die jährlich mehr als hundert Millione kassiern. Ich hätt da so e Idee. Abber da müsse se selber druffkomme oder mir müsse all uff die Gasse gehe unn es ihne klar mache.

Nix fer ungut

Mehr macht sich halt so sei Gedanke

Ihne Ihr aal
Sachsehäuserin



Gegen die „nukleare Teilhabe“ Deutschlands, für Frieden!

Im Jahr 2010 hatte sich der Bundestag fraktionsübergreifend, mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD, FDP, und Bündnis90/Die Grünen für einen Abzug der Atomwaffen aus Deutschland ausgesprochen. Passiert ist seitdem in dieser Richtung nichts. Es blieb bei dieser zahnlosen Absichtserklärung. Doch in ihren Taten zeigen die Politiker jetzt, was sie wirklich wollen:

Laut eines Berichts des „Spiegels“ informierte Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer die amerikanische Regierung, dass Deutschland als Ersatz für den Tornado-Kampffjet insgesamt 45 Jets vom Typ F-18 des US-Herstellers Boeing kaufen wolle. Von diesen 45 Flugzeugen sind 30 „explizit für den Einsatz zum Abwurf der in Deutschland stationierten US-Atomwaffen vorgesehen.“

Der Ankauf der neuen F-18-Bomber, plus den noch vorgesehenen 93 Eurofightern aus den europäischen Waffenschmieden (Airbus) würden den Bundeshaushalt inkl. Unterhalt, Wartung und Personal mit 100 Milliarden Euro in 30 Jahren belasten. Allein für 7,5 Milliarden €, könnte man 100.000 Intensivbetten, 30.000 Beatmungsgeräte, 60.000 Pflegefachkräfte, 25.000 Ärztinnen und Ärzte ein Jahr lang bezahlen.

Im Juli 2017 einigten sich über 120 UN-Mitgliedsstaaten darauf, Atomwaffen zu verbieten. Sobald dieser Vertrag von 50 Staaten ratifiziert würde, wird er gültiges Völkerrecht. Alle Staaten, auf deren Territorium Atomwaffen lagern, inkl. Deutschland, haben den Vertrag bisher boykottiert. Die Bundesregierung spricht sich zwar offiziell für eine Welt ohne Atomwaffen aus, doch an der „nuklearen Teilhabe“ im Rahmen der NATO hält sie fest.

Statt angesichts des Vorgehens von AKK aus der Regierung auszutreten, stieß SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich eine Debatte an und positionierte sich – immerhin – deutlich gegen die Atomwaffen auf deutschem Boden. Sein Vorstoß bleibt allerdings leeres Gerede, weil Außenminister Maas (ebenfalls SPD) bei der alten Ausrede bleibt, die in etwa lautet: Zuerst müssen die anderen abrüsten, dann machen wir vielleicht mit. Das wichtigste Argument in diesem Zusammenhang lautet: So lange einige Staaten nukleare Waffen als Mittel militärischer Auseinandersetzung betrachten, brauche man sie selbst zur „nuklearen Abschreckung“. Damit erhöhen CDU und SPD die Gefahr eines Krieges auf deutschem Boden.



Denn solange die Bomben hier in Büchel liegen, bleibt Deutschland ein Angriffsziel von strategischer Bedeutung. Die Gefahr eines neuen großen Krieges in Europa ist real: Mit DEFENDER 2020 sollte so ein neuer großer Krieg geübt werden, inkl. Übung des Einsatzes von Atomwaffen. Zurzeit ist das Manöver wegen der Pandemie ausgesetzt, aber nicht abgesagt. Die Übung soll ab 15. Juni 2020 nachgeholt werden. An ihrem Ende wird jede Menge US-Kriegsgerät in Europa verbleiben und damit die Kriegsgefahr dauerhaft erhöhen.

Wir rufen alle Menschen, denen am Frieden in Europa und auf der Welt etwas liegt, dazu auf:

**Werden wir jetzt gemeinsam aktiv!
Verbot und Vernichtung aller Atomwaffen!**

Fortsetzung von Seite 1

Krankheit, Krise und Verschwörung

schieden der neuen rechtspopulistischen Partei „Widerstand 2020“ nicht einfach so das Feld zu überlassen. Für fortschrittliche Kräfte gibt es also alle Hände voll zu tun trotz Corona. Auf der einen Seite also wieder einmal die traurige Notwendigkeit, Widerstand zu leisten, wenn Faschisten auf der Straße sind, auf der anderen den Kampf für soziale Sicherheit und die Verteidigung der Grundrechte, die seit Corona noch mehr als ohnehin unter Beschuss stehen, zu führen.

Das Virus und seine Folgen macht uns allen das Leben nicht leichter. Es ist wichtig und richtig, dass die Menschen bereit sind für ihre Rechte auf die Straße zu

gehen, ihr Recht auf ein soziales Bildungs- und Gesundheitssystem und ihr Recht auf eine Regierung, die im Interesse des Volkes regiert und sich nicht als Interessenvertretung der Konzerne präsentiert.

Bei all diesen richtigen und wichtigen Gründen dieser Tage auf der Straße zu sein, gilt es aber stets, die gesundheitliche Situation im Auge zu behalten, denn dieses Virus ist real und fordert Menschenleben.

So ist es also weiterhin geboten sich selbst und andere zu schützen. Genauso ist es aber unerlässlich, sich von Märchenerzählern und Hasspredigern klar abzugren-



zen um die eigenen Anliegen nicht der Lächerlichkeit preis zu geben.

**HÄNDE WEG
VOM GRUNDGESETZ!**

Demokratische
Grundrechte verteidigen!

dkp.de Deutsche Kommunistische Partei

V.i.S.d.P.: W. Richter, DKP, Hoffungsgasse 18, Essen